

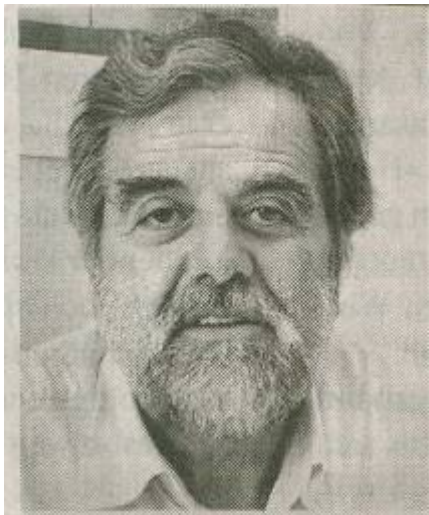
»Die Europäische Union ermordet unsere Rechte«

In Griechenland haben am Mittwoch die Gewerkschaft PAME und der öffentliche Dienst gegen das Spardiktat der EU gestreikt.

Ein Gespräch mit Dimitris Agavanakis

Griechenland müsse sparen, tönt es seit Monaten im In- und Ausland. Der öffentliche Sektor des Landes wird dabei als aufgeblasener Wasserkopf mit überbezahlten Angestellten dargestellt. Was ist davon zu halten?

Es gibt 410.000 öffentliche Angestellte in Griechenland. Sie arbeiten in den Ministerien, im Bildungs- und im Gesundheitswesen sowie bei den Regional- und Gemeindeverwaltungen. Bei etwa fünf Millionen Werktätigen sind das nicht einmal zehn Prozent. Die seit Anfang 2008 unveränderten Gehälter weisen als Einstieg für einen Angestellten mit mittlerer Reife 697 Euro brutto aus. Nach 33 Jahren bekommt er 1.185 Euro brutto. Ein Hochschulabsolvent bezieht 966 Euro Einstiegsgehalt und bekommt nach 33 Jahren 1.634 Euro brutto. Alle öffentlichen Angestellten beziehen darüber hinaus Zuzahlungen, die meist aber nicht mehr als 500 Euro im Monat betragen.



Dimitris Agavanakis ist für die kommunistisch orientierte 'Gewerkschaftsfront PAME im Vorstand des griechischen Gewerkschaftsdachverbandes im öffentlichen Dienst, ADEDY

Wie sehen die Pläne der Regierung aus?

Regierung, Kapital und EU haben unter dem Vorwand der Krise einen in diesem Ausmaß bisher einmaligen Angriff gestartet, mit denen die Errungenschaften und Rechte der Arbeiter auf ein Minimum zurückgedrängt werden sollen. Dazu gehören die Verbrauchssteuererhöhung, eine etwa zehnprozentige Lohnsenkung, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und die Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst.

Die Regierung beruft sich auf Vorgaben der EU. Wie gehen die Griechen mit diesem Verlust ihrer nationalen Unabhängigkeit um?

Unsere nationale Autorität ist mit dem Eintritt in die EU hinfällig geworden. Die EU hat das Kommando in den wichtigsten Fragen und funktioniert gerade in Krisenzeiten wie eine Besatzungsmacht, die ohne Krieg auskommt. Sie ermordet keinen Menschen, sie erschießt oder erhängt auch niemanden, wie es einst die Nazis gemacht haben. Aber sie ermordet unsere Rechte.

Das heißt nicht, daß unsere Regierung keine Verantwortung trägt, denn die Politik der EU wird von allen an ihr beteiligten Regierungen gestaltet. Allerdings hat das

Kapital, wie Marx richtig sagte, kein Vaterland. Griechisches und europäisches Kapital mögen Differenzen haben, aber wenn es gegen die Rechte der Völker geht, arbeiten beide zusammen. Die neue Art der Besatzung ruft aber riesige Empörung hervor.

Während PAME am gestrigen Mittwoch bereits ihren zweiten großen Streik durchzogen, haben sich die Gewerkschaftsdachverbände bisher zurückgehalten. Warum?

Die Spitzengremien von GSEE und ADEDY funktionieren nicht im Sinne einer klassenbewußten Arbeiterbewegung, sondern nach der Ideologie der Sozialpartnerschaft - also im Interesse von Regierung und Unternehmen. Die GSEE ganz offen und provokativ, indem sie zum Beispiel einen eigenen Streik für den 24. Februar ausgerufen hat. Sie will damit suggerieren, daß die Arbeiter in der privaten Wirtschaft andere Interessen hätten als die öffentlich Angestellten. Die ADEDY dagegen legte einen Streik auf den gestrigen Mittwoch fest, nachdem wir als PAME bereits begonnen hatten, für den heutigen Donnerstag zu mobilisieren. Im Interesse der Einheit der Arbeiter haben wir daraufhin unseren Streik auch auf Mittwoch gelegt und werden selbstverständlich auch an allen künftigen Arbeitskämpfen teilnehmen. Die PAME hat über die Abwehr des derzeitigen Angriffs hinaus eine Reihe von Forderungen - u. a. 1.400 Euro Mindestlohn, 30 Jahre Lebensarbeitszeit, Vollzeitstellen für alle etc.

Die Arbeitskämpfe in Griechenland sind für alle Völker in Europa wichtig, denn ihnen drohen dieselben Maßnahmen. Deswegen brauchen die Kämpfe in Griechenland die Solidarität aller Werktätigen in Europa, so wie die Arbeitenden Griechenlands ihrerseits deren Kämpfe unterstützen müssen. Unser Ziel sollte sein, daß sich alle Völker erheben, um diese moderne Form der Besatzung abzuschütteln, die uns von den jeweiligen nationalen Regierungen, aber auch von der EU aufgedrückt wird.

Interview: Heike Schrader, Athen